

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

17.1.1930 (No. 15)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Knecht,
Karlsruhe

W e r b u n g s p r e i s : Monatlich 2,25 RM. einseitig. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Spaltenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Anzeigenerstellung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Gestaltungsart der Anzeigen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Nachdruck, Betriebsstörung für eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unberlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Herausgabe übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags, Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Reichsgründungsfeier 1930

Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der Reichsgründung, am 18. Januar, werden die öffentlichen Gebäude besetzt.

Die Sozialdemokratie gegen Schacht

Für Aenderung des Reichsbankgesetzes

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß, wie angekündigt, am Donnerstagmorgen mit der Lage, die durch das Auftreten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Haag entstanden ist.

Es herrscht, wie mitgeteilt wird, volle Einmütigkeit darüber, daß eine Nebenregierung der Reichsbank, wie sie von Dr. Schacht durch mißbräuchliche Ausnutzung der Unabhängigkeit dieses Institutes etabliert worden ist, nicht getragen werden könne. Der Fraktionsvorsitzende erwartete vom Reichskabinett, daß es sich nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus dem Haag mit der Frage beschäftigen wird, wie sie durch Aenderung des Reichsbankgesetzes die Freiheit der deutschen Gesetzgebung in bezug auf die Personalfragen der Reichsbank ausdehnen und erweitern werden könne. Mit der systematischen Drosselung der Kredite für die Gemeinden und der dadurch ständig wachsenden Beschäftigungslosigkeit werde sich in den nächsten Tagen eine kombinierte Sitzung der Vorstände der Partei, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befassen.

An der Sitzung des Fraktionsvorstandes nahmen auch der Reichstagskanzler und der Reichsarbeitsminister Wissell teil.

Berliner Pressestimmen

Der „Vorwärts“ sagt: Schacht muß weg. Das ist ein Lebensinteresse der deutschen Republik. Wichtiger noch als die Person Schachts ist die Garantie, daß sich ein „Fall Schacht“ in der Geschichte des Deutschen Reiches nicht wiederholt. Das Reich wird seinen Haushalt in Ordnung bringen. Wir werden auch die absolute Autonomie der Reichsbankpolitik nicht nur nicht bekämpfen, sondern nach allen Kräften fördern. Aber wir werden dafür kämpfen, daß in den Personen, die die Reichsbankpolitik zu führen haben, keine Nebenregierung mehr erwählt.

Die „Germania“ bezeichnet es als etwas anderes, Schacht aus politischen Gründen zur Ordnung zu rufen und die fachliche Stellung des Reichsbankpräsidenten als Grundfrage zu diskutieren. Wir würden es, so schreibt das Zentrum, nicht nur für einen Fehler, sondern auch aus währungspolitischen Gründen geradezu für gefährlich halten, das Amt des Reichsbankpräsidenten zu politisieren.

Die „Vorspeisung“ nennt es einfach unvorstellbar, daß die Deutsche Volkspartei in dem bevorstehenden, nicht nur für Dr. Schacht, sondern für das gesamte Bürgerium entscheidungsschweren, parlamentarischen Kampfen den Reichsbankpräsidenten im Stich lassen könnte. Die Konsequenzen, die gezogen werden müssen, ergeben sich wohl von selbst. Sofortige Einberufung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und sofortige Verantwortung des sozialdemokratischen Beschlußes durch einen entsprechenden Gegenbeschuß, durch ein klares und eindeutiges: Hände weg von Schacht!

Das Zentrum gegen den Reichsarbeitsminister

Unter dem Titel „Fort mit Lügen“ hatte Reichsarbeitsminister Wissell in einem Berliner Blatt die gegenwärtige strafrechtliche Behandlung der Arbeitslosen als unhaltbar bezeichnet. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat in dieser öffentlichen Erklärung Wissells, die unter Angabe seiner Stellung als Reichsarbeitsminister erfolgt ist, ein ungewöhnliches Vorgehen und eine Kritik an anders eingestellten Koalitionspartnern erblickt. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Brüning, ist deshalb am Donnerstag beim Reichskanzler in dieser Angelegenheit vorstellig geworden.

Wo sind die 10 Sklarek-Millionen?

Die Anklagen gegen die Sklarek

Die Untersuchung gegen die drei Brüder, Willi, Max und Leo Sklarek, ist jetzt soweit fortgeschritten, daß man, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, den Tatbestand der Bestechung, Urkundenfälschung und des Betruges als geklärt annehmen kann. Insgesamt sind 19 Personen in der Voruntersuchung dieser Affäre beschuldigt, und gegen diese dürfte das Hauptverfahren eröffnet werden.

Mehr als 200 Aktenbände haben sich inzwischen bei dem Untersuchungsrichter angehäuft, die lebendig die den Sklarek und ihren Mitbeschuldigten zur Last gelegten Straftaten behandeln. Es fehlt allerdings immer noch der Nachweis, wo von dem Geld, das die Stadtbank an die Sklarek gezahlt hat, rd. 10 Millionen Reichsmark geblieben sind. Die Nachforschungen der Untersuchungsbehörden nach diesem Gelde sind deshalb wichtig, weil hierdurch die Feststellung des Konturverbrechens, das den Sklarek weiterhin zum Vorwurf gemacht wird, abhängt. Die Strafverfolgungsbehörden glauben auch schon Spuren entdeckt zu haben, um den Nachweis dafür zu erbringen, daß das Geld von den Sklarek tatsächlich ins Ausland verschoben worden ist. Es trifft zwar zu, daß die Brüder Sklarek gegenwärtig in Deutschland ohne Mittel sind, und daß ihre Familien auf Unterstützung von befreundeter Seite angewiesen sind. Diese Tatsache, die im Widerspruch steht mit dem Vorwurf, 10 Millionen Reichsmark ins Ausland verschoben zu haben, glaubt man aber damit erklären zu können, daß die Sklarek ihr Geld so sicher angelegt haben, daß selbst ihre Frauen die Bankverbindungen nicht kennen.

Letzte Nachrichten

Noch immer zwei offene Fragen

Mobilisierungsfrage und Ostreparationen

M. Berlin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Heute nachmittag treten im Haag wieder die sechs Mächte zusammen, um weiter über die Mobilisierung der deutschen Schulden zu sprechen. Die Gläubigermächte wünschen, daß keine auswärtige Anleihe Deutschlands die Mobilisierung der ersten Jahresleistung verhindere. Da aber Deutschland binnen kurzem eine Anleihe für das Post- und Telegraphenwesen und die Reichsbahn benötigt, und deshalb sich gegen solche eine Verpflichtung sträubt, hat es die zukünftigen Vertreter der Reichsministerien nach dem Haag berufen. Außer dem Reichspostminister Schäkel und dem Ministerialdirektor Müller ist auch Geheimrat Ditz vom Reichsverkehrsministerium im Haag eingetroffen.

Die Formulierung des Schlupfprotokolls, das morgen in einer Plenarsitzung im Haag unterzeichnet werden soll, an der auch die kleinen Gläubiger teilnehmen, macht noch immer gewisse Schwierigkeiten. Es steht noch immer nicht fest, ob die kleinen Mächte, also die Nachfolgestaaten und die Oststaaten zur Unterzeichnung bereit sind. Deshalb hat der Vorsitzende des Ausschusses für Ostreparationen, Voucheur, obwohl in Brüssel bereits eine Einigung dahin erzielt wurde, die Ratifizierung auch dann vorzunehmen, wenn nur die sechs Mächte damit einverstanden sind, ein Kompromiß vorgeschlagen, dahingehend, daß sich die fünf Großgläubiger dafür stark machen sollen, daß die Wünsche der kleinen Staaten erfüllt werden, soweit sie die finanzielle Abwicklung des Youngplans betreffen. Dadurch glaubt man die Vertreter dieser Staaten dahin zu bringen, daß auch sie morgen unterzeichnen.

Schluß der Ratstagung in Genf

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

M. Berlin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) In Genf wurde gestern die Ratstagung geschlossen. Die deutsche Ordnung, unter Führung des Staatssekretärs von Schuberth, verläßt heute Genf. Die Besprechungen mit dem polnischen Außenminister Palecki sind im wesentlichen abgeschlossen, und man hat sich darauf geeinigt, in der nächsten Woche die Verhandlungen über den Handelsvertrag in Warschau wieder aufzunehmen. In Genf selbst sind die strittigen Fragen über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen — wie es heißt im wesentlichen im deutschen Sinn — nunmehr geklärt worden, so daß keine großen Mißverständnisse mehr entstehen können.

Amerikanisches Urteil über die deutsche Wirtschaft

W.D. Washington, 17. Jan. (Tel.) Der Berliner Handelsattaché Groves sagt in seinem Bericht an das Handelsamt, obgleich die deutsche Wirtschaftslage im wesentlichen gesund und der Ausblick in die Zukunft ermutigend sei, seien doch die Klagen der Geschäftswelt über hohe Steuern, Verflechtung des Kreditmarktes, Abnahme des heimischen Warenverbrauchs und geringe Ausfuhrerlöse berechtigt.

Beschlagnahme der „Roten Fahne“

W.D. Berlin, 17. Jan. (Tel.) Der Polizeipräsident teilt mit: Die kommunistische Zeitung „Die Rote Fahne“ ist heute in den frühen Morgenstunden polizeilich beschlagnahmt worden, da veranschaulicht in der Nummer enthaltene Artikel gegen den § 111 (Aufzuredung zur Begehung strafbarer Handlungen), § 130 (Anreizung zum Klassenkampf) und § 85 (Aufzuredung zum Hochverrat) des Strafgesetzbuches verstößen. Bei der Beschlagnahme wurde der größte Teil der Auflage der heutigen Nummer der „Roten Fahne“ erfaßt.

Die Londoner Flottenkonferenz

W.D. London, 17. Jan. (Tel.) Der Dampfer „George Washington“ ist mit den Mitgliedern der amerikanischen Delegation zur Flottenkonferenz vor Plymouth eingetroffen.

W.D. Washington, 16. Jan. (Tel.) Ein in Leder gebundenes Buch mit einem von 12 Millionen amerikanischen Frauen unterzeichneten Aufruf zur Verminderung der Rüstungen wird in der ersten Februarwoche der Londoner Konferenz zugestellt werden, gleichzeitig mit einem ähnlichen Aufruf von 100 000 japanischen Frauen.

Die Selbständigkeitsbestrebungen in Indien

W.D. Madras, 17. Jan. (Tel.) Der nationale liberale Verband von Indien hat einen Aufruf erlassen, in dem alle Indier aufgefordert werden, in Einigkeit darauf hinzuwirken, daß Indien sobald wie irgend möglich die Stellung eines britischen Gliedstaates erhalte.

Wie verlautet, wird Hermann Kroll in nächster Zeit die Vorbereitungen zu einem neuen Transozeanflug in Angriff nehmen. Doch wird voraussichtlich erst in einigen Monaten der Start zu dem neuen Flug erfolgen können.

Wirtschaftliche Umschau

Zinsverbilligung und Konjunkturerwartungen — Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe — Michelin — Joseph Bögele AG.

Wie vor einem Jahr ist eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6½ Prozent Anfang Januar erfolgt, wobei wie damals vorher die weitere Entwicklung des Geldmarkts und des Reichsbankstatus nach dem Ultimo abgewartet wurde. Anfang November ist bereits eine Herabsetzung von 7½ auf 7 Prozent vorgenommen worden, damals auf den New-Yorker Börsenkrach hin, nach Überwindung mancher Bedenken, die sich aber nicht gerechtfertigt erwiesen haben. Jetzt war man entschlossener und ist, trotzdem die politische Situation im Haag noch nicht geklärt war, zur neuen Herabsetzung der Rate geschritten, um der deutschen Wirtschaft die dringend notwendige Zinsverbilligung zu verschaffen. Man glaubte bei dieser Diskontsenkungsaktion, dem Ausland voranzugehen zu können, da ja die Zinsdifferenz noch immer groß genug ist und der höhere deutsche Zins genügend Spielraum zur Heranziehung von Auslandsgeld läßt. Auch sonst ist man hoffnungsvoll und nimmt an, daß auf dem internationalen Geldmarkt nicht nur eine weitere Verbilligung kurzfristiger Gelder möglich ist, sondern daß auch eine Wiederbelebung des internationalen Marktes für langfristige Anleihen privater Unternehmungen erwartet werden kann. Dies würde die besten Grundlagen für eine Wiederbelebung der Konjunktur schaffen, mit der man nun doch in weiten Kreisen rechnet.

Das vergangene Jahr war ein Jahr ausgesprochener Kapitalnot für die deutsche Wirtschaft. In der Stolperstein-Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ wird errechnet, daß die Kapitaleinfuhr von 1928 auf 1929 von 4½ Milliarden auf 2¼ Milliarden gesunken ist, während die Kapitalaufnahme im Inland (einschließlich Aktien) von über 4 auf etwa 2½ Milliarden abgenommen hat. Trotzdem konnte unser Währungsinstitut, die Deutsche Reichsbank, ihre erste Aufgabe, den Schutz der Währung, erfüllen und den Verlust an Zahlungsmitteln, der in den ersten vier Monaten 1 Milliarde Reichsmark betrug, wieder hereinbringen. Nachdem Anfang Mai die Deckung auf 41 Prozent herabgedrückt war, also nur mehr ein Prozent über dem vorgeschriebenen Satz lag, hat sie sich um die Jahreswende (bei einem Gold- und Devisenbestand von 2,687 Milliarden) auf zirka 60 Prozent verbessert. Dabei blieb der Notenumlauf etwa gleich. Gegenwärtig ist die Reichsbank in der Lage, über den Schutz der Währung hinaus sich wieder mehr ihren bedeutenden Aufgaben auf dem Gebiet der Kapitalversorgung zu widmen. Sie hat auch im Dezember bei der Aufbringung des Geldbedarfs des Reichs durch den bekannten Kredit über die Banken mit Erfolg eingegriffen und den Banken dazu auch Auslandsgelder zur Verfügung gestellt.

Während die Auslandsanleihen stark zurückgegangen sind, haben die Beteiligungen des Auslands an deutschen Unternehmungen zugenommen. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt, daß bei 60 Unternehmungen das Ausland mindestens 230 Mill. Reichsmark des Nominalkapitals erworben hat.

Das Wirtschaftsleben der badischen Landeshauptstadt hat durch die Zahlungsseinstellung der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, einst die bedeutendste Fabrik der Landeshauptstadt, einen schweren Schlag erlitten. Das bereits 1837 gegründete, also fast 100 Jahre alte Unternehmen, das 1841 die erste überhaupt in Deutschland gebaute Lokomotive herstellte und großartige Werkanlagen mit mehr als 600 Werkzeugmaschinen, teilweise größter Bauart, in der Nähe des Rheinhafens besitzt, hat in der Nachkriegszeit mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, zum Teil sicher auch durch Schuld der Verwaltung, falsche Tarifpolitik und geschäftliche Fehlbispositionen. Zuletzt wurde noch 1924 eine Dividende in Höhe von 5 Proz. verteilt. 1926 mußte durch Zusammenlegung des Aktienkapitals eine Korrektur der Goldmarkbilanz stattfinden. Im vorigen Jahr entschloß man sich zur Aufgabe des Lokomotivbaus und gab gegen eine Entschädigung von ½ Million Reichsmark die Lokomotivquote von 1,75 Proz. an die Hohenzollern-AG. ab, sie ging später auf Krupp über. Die Umstellungsversuche der letzten Jahre brachten statt Gewinn Verluste, und verschiedene Verhandlungen wegen einer zweiten Sanierung blieben erfolglos, ebenso die Bemühungen, in großem Umfang Arbeit zu beschaffen. Die Aktiven überragen nach dem mitgeteilten Status immer noch die Verbind-

Die Etatsdebatten im Badischen Landtag

12. Sitzung

Das Haus begann die Aussprache über die Regierungserklärung

Nach einer Mitteilung des Präsidenten ist die Redezeit wie folgt kontingiert: In der ersten Reihe für alle Parteien gleichmäßig 45 Minuten, im übrigen Gesamtredzeit: Zentrum 2 Stunden, Sozialdemokratie 1 1/2 Stunden, sonstige Fraktionen und Gruppen je 1 Stunde. Der Aufruf der Redner erfolgt nach der Fraktionsstärke.

Abg. Duffner (Zentr.) betont für das Zentrum

daß die Regierung in der Verteidigung der Verfassung das Zentrum an ihrer Seite finden werde. Begrüßenswert seien die vielen positiven Vorschläge der Regierungserklärung. Das Zentrum halte am Berufsbeamtentum fest. Erparnisse werde man auch beim Personaletat suchen müssen, wo die Sparkommission ein gedeihliches Feld finden werde. Seine Partei begrüße jede Maßnahme auf dem Gebiete der Staatsvereinfachung, sofern sie sich nicht zu einer Erschwerung des behördlichen Verkehrs auswirke. Dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden stehe die Selbstverantwortung gegenüber. Beim atademischen Studium sei eine schärfere Auswahl nötig, um ein Gelehrtenproletariat zu verhüten.

Die Wirtschafts- und Finanzlage stelle vor schwere Aufgaben. Eine unerträgliche Last sei der Zinsendienst, durch dessen Reduzierung die Wirtschaft geregelt werden könne. Das Reich dürfe den Ländern nicht immer neue Aufgaben zuweisen und auf der anderen Seite die Steuerüberweisungen kürzen. Der Mehraufwand aus der Besoldungsordnung müsse vom Reich getragen werden. Die Reichsfremdigkeit würde gewinnen, wenn das Reich sich auch für die wirtschaftliche Erhaltung der Länder einsehe. Als Grenzland könne Baden Reichsaufträge für seine Industrie und sein Handwerk und bessere Frachttarife verlangen. Zu der Sanierung der Finanzen des Reiches müsse auch diejenige der Länder und Gemeinden kommen.

Die Arbeitslosigkeit bereite große Sorgen. Öffentlich komme für das besetzte Gebiet bald die Stunde der Befreiung. Von den Gaager Verhandlungen sei zu wünschen, daß sie wirtschaftliche und finanzielle Erleichterungen bringen. Notwendig sei eine starke Zentralgewalt, die aber die Hoheit der Länder nicht beeinträchtigen dürfe.

Der Redner empfiehlt die Hinaufhebung der für ein Wahlmandat erforderlichen Stimmen. 88 Abgeordnete sei für Baden zu viel. Bedauerlich sei aus staatspolitischen Gründen, daß es nicht gelungen sei, die Koalition auf breitere Grundlage zu stellen. Der Nichttritt der Volkspartei sei auch aus wirtschaftlichen Gründen zu bedauern. Die liberalen Parteien trügen die Verantwortung an dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen. Der Nichttritt Dr. Schöfers als Fraktionsvorsitzender sei ausschließlich auf gesundheitliche Rücksichten zurückzuführen. Der Redner kritisiert sodann die Propaganda der liberalen Parteien und betont zum Schluß, man habe wieder Aufbau zu leisten und sich nicht gegenseitig die Köpfe einzuschlagen (Beifall im Zentrum).

Abg. Müdler erklärt für die Sozialdemokraten

das neue Wahlgesetz habe die Probe bestanden. Seine Partei hätte am liebsten die alte Weimarer Koalition fortgesetzt. Die Deutsche Volkspartei habe sich überall da, wo sie in der Regierung sitze, als störendes Element in der Innenpolitik erwiesen. Durch das Gefährdeter extremer Parteien werde sich die Sozialdemokratie in ihrer Kreise zur demokratisch-republikanischen Verfassung nicht beirren lassen.

Die Regierung habe recht, wenn sie die schwierige Situation ausschließlich auf die Maßnahmen des Reiches zurückführe. Solange Länder beständen, müsse ihnen die Lebensdauer gesichert sein. Daß der Grenzlandcharakter auf Badens Wirtschaft und Finanzkraft drückt, steht außer Zweifel. Es sei nur auf die Belastung hingewiesen, die das Land nach Kriegsende durch die Einwanderung von 25 000 Familien aus Elbahl-Lotringen und der Schweiz erfahren hat. Auf dem Wege der weiteren Reduzierung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen kann der Redner dem Abg. Duffner nicht folgen. Ob es möglich ist, die wünschenswerte Senkung der Realsteuern durchzuführen, ohne daß hierdurch die sozialen und kulturellen Belange zu kurz kommen, könne heute niemand sagen. Die Sozialdemokratie habe stets für die volle aller Stände Verständnis und eine hilfsbereite Hand. Er schloß mit einer Vertrauenserklärung für die Regierung.

Abg. Dr. Schmittner spricht für die Deutschnationalen

Er nimmt gegen die Regierungserklärung scharfe Stellung. Zwei Parteien seien zusammengefallen, die ihrem Wesen nach nicht zusammengehören.

Der Redner stimmt der Regierung darin zu, daß sie ihre Rechte aus dem Eisenbahnstreit nach Möglichkeit ausnütze. Aber der badische Staat müsse auch Hilfe bei sich selbst suchen. Es müsse rücksichtslos gedroht werden (Zurufe). Dann sollten wir wenigstens versuchen, Front zu machen gegen die außerpolitische finanzielle Verflabung (Zurufe: Wie?). Von der übertriebenen Form des absoluten Parlamentarismus müßten wir abkommen.

Fraktionsredner der Deutschen Volkspartei

ist der Abg. Dr. Mattes. Er hält es für falsch, das Programm der Regierung mit der Vorlage des Etats zu verbinden. Das Zentrum könne sich, was die Befehung von Reichs- und Staatsämtern anlangt, nicht beklagen. Das Finanzministerium sei gleich bedeutungsvoll wie andere Ministerien, und es sei Tatsache, daß fast sämtliche Finanzministerien mit Zentrumsleuten besetzt sind. (Als Abg. Dr. Mattes die Vorgänge bei der Regierungsbildung anspricht, jagelt es Zwischengänge, so daß der Präsident mit der großen Glocke für Ruhe sorgen muß.) Die Regierungserklärung enthalte eigentliche programmatische Ausführungen nicht. Wenn die Sparkommission nur aus Beamten bestehen sollte, so wären dagegen Bedenken zu erheben. Sie müsse unabhängig ihre Arbeit leisten können. In bezug auf die Wirtschaft sei eine Reihe von Problemen aufgestellt, ohne sie zu lösen oder wenigstens den Ursachen der Schwierigkeiten nachzugehen.

In ganzen sehen wir ein Programm der kleinen Mittel, das nichts Großes löse. Von dem umlaufenden Betriebsfonds, der im Jahre 1925 die Höhe von rund 33 Millionen erreicht hatte, sei fast nichts mehr vorhanden. Das komme von den dauernden Etatsüberschreitungen der letzten Jahre. Alle Schwierigkeiten gingen auf die Finanzpolitik des Finanzministers Dr. Köhler in den Jahren 1924/1927 zurück. Es bleibe nichts übrig, als neue Wege zu suchen, die auf dem Gebiete der Reichsreform liegen. Der Redner ist für Erziehung eines deutschen Obergrenzenstaates, in dem die Falsch mit Baden vereinigt und das Verhältnis Badens zu Württemberg einer Neuregelung zugeführt wird.

lichkeiten, so daß man hofft, daß ein, wenn auch kleiner Teil des Aktienkapitals erhalten bleiben wird, und dabei die Gläubiger voll befriedigt werden.

Dringend wäre zu wünschen, daß ein Weg gefunden wird, das Unternehmen wieder aufzubauen und auf eine rentablere Grundlage zu stellen. An dem Zusammenbruch tragen natürlich auch die allgemeine Wirtschaftskrise wie die besonderen Schwierigkeiten in unserem südwestdeutschen Grenzland die Schuld. Zuletzt beschäftigte die Fabrik, deren Belegschaft 1925 1500 Arbeiter betrug, noch 400 Arbeiter und Angestellte.

Eine Entlastung des Arbeitsmarktes kann man in Karlsruhe — freilich voraussichtlich erst im kommenden Herbst — erwarten, wenn nach Zustandekommen der endgültigen Verträge ein Zweigbetrieb der französischen Gummiabrik Michelin in Karlsruhe eröffnet wird, die anfangs etwa 600 Arbeitern Beschäftigung bieten und im Gelände hinter der Maschinenbaugesellschaft bei der Albfeldung angelegt werden soll. Eine spätere Erweiterung des Betriebes schließlich auf eine Belegschaft von 2000 bis 3000 Arbeitern ist dabei in Aussicht gestellt worden. Für die Wahl Karlsruhes soll auch mitgesprochen haben, daß die Gesellschaft mit verschiedenen badischen Werbereien Geschäftsverbindungen angeknüpft hat. Freilich hat die Stadt Karlsruhe die Niederlassung von Michelin mit erheblichen Konzessionen erkaufen müssen, da sich im ganzen nicht weniger als 400 deutsche Städte darum bewarben. Zuletzt stand Karlsruhe mit Bamberg, Worms und Durlach im engeren Wettbewerb. Michelin, der in Deutschland bisher nur ein großes Verkaufsbüro mit Lager in Mainz hatte, folgt damit anderen ausländischen Pneumatikfabriken wie Dunlop (Hanau) und Englebert, der in Nachen eine Fabrik erbauen will. Der Grund sind die deutschen Zölle auf Pneumatiks, welche es den deutschen Fabriken ermöglicht haben, ihren Absatz im Inland stark zu steigern und mit den gewonnenen Mitteln auch den Export zu verbessern. Der Hauptstich der Gesellschaft Michelin, deren wichtigstes Produkt Autoreifen sind, liegt in Clermont-Ferrand, wo etwa 17 000 Arbeiter beschäftigt und jährlich 6 bis 7 Millionen Autoreifen hergestellt werden. Auch in Italien (Turin) hat Michelin eine große Fabrik, ebenso ist Michelin an Fabriken in England und Amerika mit Kapitalmehrheiten beteiligt und besitzt eigene große Gummiplantagen in Indochina.

Daß man in Baden den Optimismus nicht verloren hat und sowohl an eine innere Ordnung der Finanzen, entsprechend den Erfordernissen der produzierenden Wirtschaft wie auch an einen Wiederaufstieg der Konjunktur glaubt, zeigen die Mitteilungen, die kürzlich in der Generalversammlung der Joseph-Wägele-WG. in Mannheim gemacht wurden. Diese bedeutende Maschinen- und Apparatefabrik mit Eisengießerei, deren Gründer einer alleingekessenen Mannheimer Goshammer-Schmiedefamilie entstammt, hat bereits in der Zeit der ersten Bahnbauten verbesserte Weichen konstruiert, dann den Bau von Drehscheiben, Schieberbahnen und Stellwerken, Rangierwinden, Spillen usw. betrieben und sich vor dem Krieg durch Übernahme der Mannheimer Eisengießerei und Maschinenbau AG. immer weiter ausgedehnt. Das Unternehmen, das von jeher auch für den Export eine bedeutende Rolle spielte und 1920 Aktiengesellschaft wurde, stellte auch eine Reihe von Maschinen und Apparaten für verschiedene Industrien her. Nun hat die Gesellschaft, wie sie ausdrücklich erklärte, weil sie die Not der Zeit durch aktiven, kaufmännischen Optimismus und weitgehende Rationalisierung in der Produktion überwinden will, ihre Basis in verschiedener Hinsicht verbreitert und ist zu ziemlich bedeutenden Umstellungen und Kapitalinvestitionen unter Aufnahme langfristiger Darlehen geschritten. Man hat sich an der Eisengießerei Buderus Amden-Schmiede beteiligt, die Rheingießerei AG. Mannheim, die in der Hauptsache Hartzerkleinerungsmaschinen herstellt, übernommen und den Bau eines Hochdruckölers nach Patenten der schwedischen Schwedergesellschaft aufgenommen. Das Ziel der Vereinigung mit Rheingießerei ist rationalerer Maschinenbau, wobei die Gießereien und Maschinenfabriken vereinigt werden.

1930 wieder Freilichtspiele in Breisach. Der Gemeinderat Breisach beschloß einstimmig, daß im Jahre 1930 auf der Freilichtbühne auf dem Münsterplatz in Breisach das Festspiel von Paul Theodor Streicher, Reallehrer i. N. in Ulm a. D., zur Aufführung kommen soll, das im Jahre 1928 vom Preisgericht einen Preis erhalten hat, das inhaltlich zur Zeit des Währigen Krieges spielt und dessen Hauptfigur der Herzog Bernhard von Saßsen-Weimar ist.

Eine große Opernbetriebsgemeinschaft in Oessen. Da trotz eines umfangreichen Sparprogramms die Frankfurter städtischen Theater noch einen städtischen Zuschuß von 2,7 Millionen Reichsmark erfordern, hat der städtische Magistrat den Vorschlag gemacht, die vier Bühnen in Darmstadt, Mainz, Wiesbaden und Frankfurt in einer Opernbetriebsgemeinschaft zusammenzuschließen, so daß ein einziges Ensemble die vier Städte mit Opernvorstellungen versorgen soll. In Oessen wird schon seit einiger Zeit eine Arbeitsgemeinschaft der Theater in Darmstadt und Mainz angestrebt.

Jehner und die Berliner Staatstheater. Das preussische Kultusministerium teilt als Abschluß der Erörterungen über das Berliner Staatstheater mit: „Der laufende Vertrag mit Herrn Generalintendanten Prof. Jehner ist im Wege gütlicher Vereinbarung in einen Regievertrag umgewandelt worden, der sofort in Kraft tritt. Mit der Leitung der Berliner Schauspielhäuser hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Direktor der Oper am Platz der Republik, Regal, unter Beibehaltung seiner bisherigen Geschäfte kommissarisch beauftragt.“ Damit werden die Meldungen bestätigt, wonach Jehner nur noch die Stellung als Regisseur behält.

Abg. Wagner erklärt für die Nationalsozialisten:

Das parlamentarische System sei als wertvoller Erbe abzulehnen, ebenso die Verfassungs- und Erfüllungspolitik. (Die Ausführungen des Redners sind von lebhaftem Widerspruch und häufigen Zwischenrufen begleitet. Zuweilen große Unruhe, Glocke des Präsidenten.)

Abg. von Au legt den Standpunkt der Wirtschaft- und Bauernpartei

dar. Diese siehe zu Staat und Verfassung. Nicht auf die Form komme es an, sondern auf den Inhalt. Der Redner erhebt die Forderung nach einer vereinfachten, klaren Steuer-gesetzgebung, die uns ermöglicht, den Steuerapparat abzubauen. Baden müsse die Eigenstaatlichkeit gewahrt, den Gemeinden das Aufschlagsrecht zur Einkommensteuer gegeben werden. Die Wirtschaft- und Bauernpartei hätte gern ihre Wilsitenkarte beim Zentrum abgegeben, wenn es sich um die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte gehandelt haben würde. Bei der sich anschließenden Polemik gegen das Zentrum geht es im Laufe zeitweise recht lebhaft zu. Aber eine Begrenzung der Zahl der Abgeordneten ließe sich reden. Für die Forderung der Zwangswirtschaft würde sich eine sichere Mehrheit ergeben. Die Senkung der Steuern müsse kommen, wenn die Wirtschaft nicht geschlagen werden soll. Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nachmittags 1/4 Uhr Fortsetzung der Aussprache.

13. Sitzung

Nach Bekanntgabe von Misstrauensanträgen der Nationalsozialisten gegenüber der Gesamtregierung und dem Unterrichtsminister, Dr. Kemmele, wurde am Nachmittag die Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt.

Die Demokraten

Abg. Osseins führte für die Demokraten aus, seine Partei wäre bereit gewesen, die frühere Koalition fortzusetzen und, was ihr noch lieber gewesen wäre, in die Große Koalition einzutreten. Die weltanschaulichen Gegensätze in der heutigen Regierung würden die Harmonie in der Zukunft sicher auf harte Proben stellen. Den Minister Dr. Veers hätten die Demokraten keineswegs fallen lassen. Die Sozialdemokraten hätten eine gute Weile Verständnis für die Haltung der Demokraten gezeigt. Die Regierung sei gebildet auf Grund der Machtpolitik des Zentrums und des Verrates der Sozialdemokratie an ihrer eigenen Parole. Die Freiheit der Kirche sei in keinem anderen deutschen Lande in der Weise durchgeführt wie in Baden. Der Redner unterrichte die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Erziehungswesens und erklärte, ein Konfordat werde und müsse kommen. Da seien die schärferen Töne bedauerlich, die in der Schlußfrage auf dem vorjährigen Freiburger Katholikentag angeschlagen worden seien. Der Evang. Volksdienst könne nicht als Vertretung des evangelischen Volkes auftreten. Würde die konfessionelle Aufgliederung der Bevölkerung durchgeführt, so würde die Staatsidee zum Teufel gehen (Zuruf im Zentrum). Der Redner schließt mit Ausführungen zur Wirtschaftslage.

Die Stellungnahme der Kommunisten

vertritt Abg. Hoff. Alle Regierungsprogramme seien gegen die breite Masse gerichtet. Die badische Regierung unterstütze die Reichsregierung in der rücksichtslosen Durchführung des Youngplans, der nur dem Interesse des Kapitals diene.

Ev. Volksdienst

Abg. Leutlich vom Evang. Volksdienst führt aus: Mit der Erfüllungspolitik sei man am Ende. Man müsse endlich an die Opferwilligkeit derer mit hohem Einkommen appellieren. Nur die religiös-ethische Erneuerung des ganzen Volkes verbürge den Aufstieg. Auch die Parteien müßten sich weltanschaulich einstellen.

Unmehr nimmt

Staatspräsident Dr. Schmitt

das Wort. Er teilt mit, daß er heute abend nach Berlin fahren müsse zu einer Konferenz der Finanzminister, die sich mit Gegenständen befassen wird, die uns heute auch hier beschäftigen haben. Man hat von erstaunlichem Optimismus gesprochen. Ein Finanzminister, der nur Pessimist wäre, müßte sein Amt niederlegen. Aus der Regierungserklärung spricht ein nüchterner, gesunder Optimismus, der sich gründet auf Tatsachen der Wirtschaft, auf die Fähigkeit deutschen Geistes, die deutsche Arbeitsamkeit, Ausdauer und Fähigkeit, sowie auf die Güte der deutschen Schule, insbesondere der Volksschule, die uns die Qualitäten schafft, die wir brauchen. Der Minister unterrichtet die Pflicht, der Hoffnungs- und Mutlosigkeit entgegenzutreten, und fährt fort: Wir sind in den letzten zehn Jahren vorwärts gekommen und werden weiter vorwärts schreiten. Für unsere Hochschulen haben wir das Mögliche getan. Es ist falsch, Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden können. Der Wille zu handeln setzt voraus, daß dahinter Realitäten stehen. Zur Rechten gewandt: Was haben Sie zur Verbesserung der Finanzen gesagt? Wir sind in Einnahmen und Ausgaben abhängig vom Reich. Solange diese Seite nicht befriedigend geregelt ist, können wir nicht mit Vorschlägen kommen.

Die Sparkommission ist wie folgt zusammengesetzt: Vier ganz unabhängige Beamte, darunter der Vorsitzende, nämlich der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, die beiden ältesten Räte des Rechnungshofes und der Präsident der Staatsfuldenverwaltung, ferner vier Herren aus den Ministerreferats. Die Entscheidung liegt beim Vorsitzenden. Die Kommission ist völlig unabhängig von den Ministern und vom Staatsministerium.

Das Problem der Steuerentlastung liegt in Berlin. Ich habe mein Finanzprogramm:

Keine Schulden mehr, Sparen, mögliche Beseitigung des Fehlbetrages und Tilgung der schwelenden Schuld. Die gestapelten Überschreitungen sind zwangsläufig gewesen, da man Abstriche gemacht hatte, die nicht haltbar waren.

Die Kritik an meinem Amtsvorgänger, Dr. Köhler, ist ungerichtet. Er hat auf wirtschaftlichem Gebiete in Baden viel geleistet, daß ihm das badische Volk dauernd dankbar sein kann (Zustimmung im Zentrum). Die Grundlage meines Programms ist Sachlichkeit, Gründlichkeit und Gerechtigkeit, dabei rücksichtslose Offenheit, die Voraussetzung des Vertrauens, das ich mir erbitte, nicht nur von den Regierungsparteien, sondern auch von der Opposition und vom ganzen Volke. Mit diesem Vertrauen will ich dem Reiche gegenüber die Interessen unseres Landes vertreten.

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Kemmele tritt Mißverständnisse seiner Rede in einer Wahlversammlung zu Recht entgegen. Er verurteilte die nationalsozialistischen Agitationsmethoden, den Kampf gegen die Person, und fragt: Ist man denn völlig vogelfrei? Naturgemäß ist der Minister, der für die Ordnung zu sorgen hat, schärferen Angriffen ausgesetzt als die anderen. Aber Grenzen muß es in allen Fällen geben. Deshalb muß man auch den Mitgliedern der Regierung das Recht der Verteilung zugeben. Der Abg. Wagner stellt die Behauptung auf, an der ungeheueren Arbeitslosigkeit seien die Regierungen schuld. Sieht er sich um, so wird er finden, daß die Arbeitslosigkeit ein internationales Problem darstellt.

Der Minister schließt mit dem Hinweis auf die gewaltige Wiederaufbauarbeit auf den Trümmerhaufen von 1918/19 und 1923/24.

Der Präsident gibt den Eingang eines kommunistischen Mißtrauensantrages bekannt.

Es folgt

Die zweite Rednerreihe

Abg. Frau Siebert (Zentr.) bespricht die bedeutsame Rolle der Frau im öffentlichen Leben. Sie verzeichnet mit Genugtuung die Ablehnung der „Krantheit der Jugend!“

Abg. Reibold (Sozdem.) meint, die Frage der Reichsreform lasse sich nicht parteipolitisch aufziehen. Auch ihre Lösung werde zwangsläufig sein (während der Rede Reibold's erhielt der kommunistische Vöning wegen verschiedener Zurufe zwei Ordnungsrufe). Der Redner schließt mit einer Bolemit gegen die Nationalsozialisten und mit einer nochmaligen Behandlung der Vorgänge bei der Regierungsbildung.

Abg. Bauer (D. Vp.) meint, die Zusammenziehung der Regierung brauche sich nicht in jedem Falle nach der Zahl der Mandate zu richten. Den Vorwurf unparitätischen Verhaltens der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung erklärt der Redner in einer Auseinandersetzung mit dem Zentrum für unberechtigt, und gibt seinem Bedauern Ausdruck, über die Form der nationalsozialistischen Kampfesweise, insbesondere der politisch gehässigen Art, mit der man den Männern entgegenetrete, die die Regierungsverantwortung trügen.

Nach 19 Uhr wird die Aussprache auf Freitag, vorm. 9 Uhr, vertagt.

Zentrum und Sozialdemokraten haben im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach die Regierungserklärung gebilligt und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

14. Sitzung.

D. 3. Karlsruhe, 17. Jan.

In der heute fortgesetzten Aussprache über die Regierungserklärung spricht zunächst

Abg. Silbert von der Wirtschaft- und Bauernpartei. Er wiederholt das positive Bekenntnis zu Staat und Verfassung, die allerdings noch recht viele Mängel enthalte, die unbedingt revidiert werden müßten. Nicht der Parlamentarismus, sondern die Parteien befänden sich in einer Krise. Er fordert Abbau der repräsentativen Aufgaben des Staates und lehnt die Gefährdung der Länder ab. An der Simultanfahle werde man nicht züchten lassen. Konfessionell eingestellte Parteien lehnt der Redner ab.

Abg. Dr. Wolfhard (D. Dem. P.) macht die Feststellung, daß die Regierungsbildung einen anderen Weg gegangen wäre, wenn die Sozialdemokraten an ihrer ursprünglichen Stellungnahme festgehalten hätten.

Abg. Köhler (Nat. Soz.) bringt in heftiger Rede sein schärfstes Mißtrauen gegen die heutige Regierungs- und Finanzpolitik zum Ausdruck.

Abg. Köning (Komm.) setzt sich mit den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten auseinander.

Abg. Ewald (Ev. Volksp.) führt die Entziehung des Ehng-Vollstandes auf den allgemeinen Ruf nach einer evangelischen Bewegung zurück. Er beruhe auf den christlich-sozialen Bestrebungen des Hofpredigers Söder.

Abg. Habermehl (D. Natl.): Wir wollen keine evangelische Partei in dem Bewußtsein, daß wir alle zusammengehören. Der Staatspräsident und Finanzminister sei um seine Mission in Berlin nicht zu beneiden. Die Haager Verhandlungen hätten alle Hoffnungen zerstört. Der Redner verteidigt die Haltung Dr. Schacht's. Als Mitglied unserer Wirtschaft bezeichne er die Millionen beschäftigende mittlere und kleine Industrie, die man nicht vergessen dürfe.

Innenminister Wittenmann

Weiß auf die dem Lande in der Nachkriegszeit verbliebenen wichtigen Aufgaben hin, die die Erziehung des Landvolkes begründen. Aber die Zahl der Abgeordneten lasse sich streuen. Eine Änderung der Verfassung nach dieser Richtung wäre nur durch Volksabstimmung möglich. Daß unser Wahlgesetz ungerecht und verfassungswidrig sei, ist unaufersehbar. Es hat in seiner neuesten Form die Bestätigung des Staatsgerichtshofes erhalten. Den Zusammenschluß in konfessionelle Parteien könne man bei der in der Verfassung gewährtesten Vereinigungsfreiheit nicht verwehren. Allerdings habe eine geschichtliche Politik in früherer Zeit zur Bildung weltanschaulicher Parteien geführt. Die Selbstverwaltung sei ein hohes Gut, und der Staat werde nur insoweit eingreifen, als es die Gesehe und Verhältnisse zulassen. Eine Änderung der Gemeindeordnung komme jetzt nicht in Frage, zumal eine Reichs-, Städte- und Gemeindeordnung angestrebt wird. Solange die Wohnungsnot bestehe, könne man nicht an eine weitere Lockerung der Zwangswirtschaft denken. Auch an der Gebäufeländersteuer werde man festhalten müssen.

Wer die Regierungserklärung lese, könne nicht sagen, daß wir den Ursachen der Not nicht nachgingen. Neue Gedanken habe man von den Regierungsgegnern nicht gehört. Der Minister unterstreicht, daß Baden als Grenzland gegen Westen einen besonderen Anspruch beim Reich hat, daß unsere Not beachtet und Entgegenkommen gezeigt wird. Die Mittel und Wege dazu sind bereits in verschiedenen Denkschriften von Regierung und Berufsständen aufgezeigt worden. Die Hoffnungslosigkeit der rechten Seite des Hauses kann der Minister nicht teilen. Darin gibt er dem Abg. Duffner recht, daß die Arbeitslosigkeit die Hauptfrage aller Regierungen darstellt.

Minister Wittenmann wendet sich dann der Agitation der extremen Parteien zu und erklärt unter lebhaftem Beifall der Mehrheit, daß er die Gesehe zum Schutze des Staates und zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit aller Energie, gegebenenfalls unter Gebrauch der staatlichen Machtmittel anwenden werde.

Der Abg. Dr. Mattes hat den Gedanken eines südbadischen Großstaates ausgesprochen. So wie die Vorgänge in Berlin laufen, kann es dazu kommen, daß man diese Frage ventilieren muß. Das kleine Baden würde sich gegen eine Übermacht Preußens nicht behaupten können, es sei denn, daß es Hilfe sucht durch Zusammenschluß mit einem Nachbarlande. Bei diesen Bestrebungen, sofern sie akut werden sollten, würde der Abg. Dr. Mattes den Minister als Freund finden.

Auf dem Boden des Innenministeriums sehe er, weil ihm seine Partei gefasse habe. Zu den Vorfällen im „Darmstädter Hof“ übergehend, bemerkt der Redner: Nicht wir haben die Sache zu einer Staatsaktion gemacht. Ihr (der Nationalsozialisten) schlechter Ton im „Darmstädter Hof“ war die Ursache, daß diese Vorkommnisse zu einer Staatsverlegenheit geworden sind. Dieser Teil der Rede des Ministers ist von lebhaftem Widerspruch der Nationalsozialisten und zeitweise großer Unruhe im Hause begleitet.

Es folgt nunmehr die

dritte Rednerreihe

Abg. Dr. Föhr (Zentr.) beschäftigt sich mit den Koalitionsverhandlungen. Wenn man in eine Koalition eintreten wolle, so sei die Voraussetzung menschliches Vertrauen. Mit dem Ziel, die angebliche Nacht des anderen zu treffen, könne man keine Koalitionsverhandlungen führen. Die Deutsche Volks-

partei hätte eine falsche Taktik eingeschlagen. Das Zentrum sei ehrlich bemüht gewesen, die große Koalition zustande zu bringen, der die Sozialdemokraten nicht so freundlich gegenübergestanden seien. Vom nationalsozialistischen Parteiführer Wagner habe man nichts als Worte vernommen und eine Erkenntnis der Dinge feststellen müssen. Dr. Föhr wendet sich ferner gegen die Schärfe der Kritik durch den deutschnationalen Abg. Dr. Schmittbener.

(Fortsetzung des Berichts in der nächsten Nummer)

Badischer Teil

Frankreich und die Rheinregulierung

Zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich haben kürzlich — wie die „Frankf. Zg.“ aus Zürich meldet — in Genf Verhandlungen über die Beteiligung Frankreichs an den Kosten des Rheinregulierungswerks stattgefunden. Wie jetzt bekannt wird, wird Frankreich seinen Beitrag zu den Baukosten leisten, hat sich dagegen aber bereit erklärt, nach Ausführung der Bauten den Unterhalt am französischen Ufer auf seine Kosten zu übernehmen, ähnlich wie Deutschland den Unterhalt der regulierten Strecke auf seinem Staatsgebiet besorgt.

Die Industrie der badischen

landwirtschaftlichen Produkte

In dem Bericht der im badischen Industrie- und Handelstag vereinigten Handelskammern über das letzte Vierteljahr 1929 wird zur Lage in der Industrie der landwirtschaftlichen Produkte u. a. festgestellt:

Die fortgeschrittene Jahreszeit hat einen Wechsel der Saisonindustrien gebracht. Erhöhten Produktionsgang hatten unter dem Einfluß der Saison aufzuweisen die Malsfabrikation, deren Hauptaufsatz in die Berichtsmomente fällt — überträgt hat der in einzelnen Bezirken Süddeutschlands auftretende hohe Stickstoffgehalt der Getreide (Mannheim, Karlsruhe, Lahr) —; ferner die Zuckerraffination mit einem, entsprechend der besseren Reinernte gesteigerten Beschäftigungsgrad (Mannheim, Karlsruhe); die Konervenindustrie Nordbadens, bei allerdings stark rückläufigen Preisen, sowie die Margarinefabrikation, begünstigt durch den Eintritt kühlerer Witterung und die verhältnismäßig hohen Butterpreise, ferner die Herstellung von Speiseölen. Ungünstiger lagen die Verhältnisse in Karlsruhe. Gehoben hat sich auch der Verkauf von verarbeiteten Grünern und der Umsatz von Malskaffee (Mannheim, Heidelberg, Konstanz).

Rückgängig war der Bieranstoß im Brauereigewerbe, besonders unter dem Einfluß der guten Obst- und Weinernte (Mannheim, Karlsruhe, Schopfheim), sowie der Absatz in Teigwarenfabrikationen infolge des starken Angebots von Getreidemehl. Teilweise wurden Betriebsbeschränkungen notwendig (Mannheim).

Infolge der überaus guten Inlandsernte haben sich Schwierigkeiten aus dem Malsgang für die Großmühlen bisher nicht ergeben. Andererseits sind auch die von den Binnenmühlern bejagten Nachteile bisher nicht eingetreten.

Das Spirituosengeerbe hatte, mit Ausnahme der Fabrikation im Handelskammerbezirk Heidelberg, nach wie vor unter Absatzschwierigkeiten zu leiden.

Die während des ganzen Jahres gedrückte Lage in der Zigarrenindustrie war durch die Erlebigung des Weihnachtsgeschäfts nur für kurze Zeit unterbrochen. Das Weihnachtsgeschäft brachte bei weitem nicht den erhofften Umsatz. In der oberbadischen Zigarrenindustrie sind bereits merkliche Einschränkungen erfolgt. Weitere Einschränkungen stehen bevor. Die Lage wurde verschärft durch die von den Steuererhöhungs- und Monopolplänen ausgehende Unsicherheit. Günstiger ist die Lage in der oberbadischen Stumpfenfabrikation. Hierdurch veranlaßt, sind im Laufe der letzten Monate des Berichtsvierteljahres nicht weniger als sechs Schweizer Stumpfenfabriken in das badische und württembergische Oberland übergesiedelt (Lahr, Freiburg, Mannheim, Schopfheim). — Die Umsätze in Malswaren hielten sich ungefähr auf gleicher Höhe wie in den vergangenen Monaten. Ab 1. November 1929 trat eine Erhöhung der Löhne um 4 Prozent ein (Heidelberg).

Institut für Bienenkunde in Freiburg

Das Institut für Bienenkunde, geleitet von Privatdozent am Zoologischen Institut in Freiburg, Dr. B. Geinitz, gab für 1929 wieder einen reichhaltigen Tätigkeitsbericht heraus. Ihm entnehmen wir folgendes:

Große und fruchtbarere Arbeit wurde geleistet durch Zucht- und Seuchenuntersuchung und vor allem durch großzügige Krankheitsbekämpfung. Diese erstreckte sich auf 12 950 Völker, die mit Hilfe besonders vorgebildeter Jünger untersucht wurden. Die gefährdete Fauna bei 23 Proz. festgestellt worden, während in bestimmten Gebieten die verheerende und vielfach in ihrer Gefährlichkeit unterschätzte Rosenzäune bis zu 64 Proz. Krankheitsbefall aufwies. Dr. Geinitz und seine 60 Mitarbeiter haben mit dieser Generaluntersuchung ein bedeutendes Werk vollbracht, wofür den Genannten, und besonders dem Kreis Freiburg sowie dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die Geldmittel zur Verfügung stellen, öffentlicher Dank und Anerkennung ausgesprochen sei. Dem Tätigkeitsbericht entnehmen wir weiter, daß die Stadt Freiburg ein Stück Land dem Institut zur Verfügung gestellt hat, auf dem ein Bienenpark mit allen für Baden wichtigen Bienenpflanzen entstehen und ein zeitgemäßer Bienenstand errichtet werden soll.

Ein Kassierer der Reichsschuldenverwaltung verlor auf dem Wege zur Reichsbank in Berlin eine Reichsschuldenanweisung über 2 000 000 M., die bald darauf von einem Arbeiter gefunden wurde. Die Reichsschuldenverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß eine Belohnung von 1 Proz. nicht in Frage komme, da die Schuldanweisung niemals hätte eingelöst werden können. Der Kassierer, der die Anweisung verloren hat, soll dem Finder 50 M. angeboten haben.

In der Provinzialerziehungsanstalt in Neustettin brach Mittwoch mittag unter den Jünglingen eine Revolte aus. Die Jünglinge zerlegten Fenster Scheiben usw. und stürmten die Internationale an. Polizeiliche Hilfe mußte in Anspruch genommen werden.

Die im Hafen von Marseille liegende englische Yacht „Minotaur“, die frühere kaiserliche Yacht „Meteor“, wurde durch eine Explosion teilweise zerstört.

Weite Gebiete von Indiana, Illinois und Ohio sind infolge des Hochwassers der größeren Flüsse überschwemmt. Großer Sachschaden wurde angerichtet.

Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro soll der französische Forscher Georges Oliver bei Villabella von Mäubern überfallen und getötet worden sein. Die Räuber sollen nach Bolivien geflüchtet sein. Eine Bestätigung liegt nicht vor.

Reparaturen und Finanzreform

Eine Rede des Ministers Dr. Remmele

Am Samstagabend sprach der badische Kultusminister Dr. h. c. Remmele in Schwetzingen über die „Reparations- und Finanzpolitik im Reich“.

Der Minister führte u. a. aus, daß das Grundgesetz der Sicherheit der Währung die Balancierung des Reichsetats sei. Laufende Ausgaben bei Reich, Ländern und Gemeinden dürften nicht auf Anleihen genommen werden. Es müsse die Zeit wiederkehren, wo die öffentliche Wirtschaft ohne Anleihen auskommen könne. Nur bei sinkendem Zinssfuß sei eine Anhebung der Wirtschaft möglich. Das jetzt eine Milliarde Reichsmark betragende Defizit des Reichshaushaltes sei auf einen Rückgang der Einnahmen aus Einkommen- und Umsatzsteuer sowie der Zölle und auf ein gewaltiges Anschwellen der Soziallasten zurückzuführen. Auch die Sozialdemokratie sei für Steuerentlastung, weil die Frage der steuerlichen Belastung nicht nur eine Frage der Bestehenden, sondern auch Schaffenden sei. Steuerentlastung sei aber nicht möglich ohne ausgeglichenen Haushalt und ohne eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Nur durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen Reichs- und Ländern werde das Deutsche Reich trotz der Reparationslasten allmählich wieder zu besseren finanzpolitischen Verhältnissen kommen können.

Ein Vortrag von Cohen-Neuß

Vor einer großen Zahl prominenter Persönlichkeiten sprach am Montag in der Handelskammer zu Karlsruhe der Vorsitzende des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats, Cohen-Neuß, über das aktuelle Thema „Neuregelung der Reparationen und Finanzreform“.

Der Redner kritisierte zunächst den immer wiederkehrenden Fehler der deutschen Politik, daß sie zu wenig Verständnis beweise für das Problem der kontinental-europäischen Zusammenfassung und das Heil immer wieder beim Angelfischentum suche. Nur durch enge französisch-deutsches Zusammengehen werde Europa den immer stärker werdenden Einflüssen von Übersee gewachsen sein. Mit der Preisgabe des deutschen Standpunktes in der Frage der Sachleistungen sei weder dem Interesse der deutschen Arbeiter noch der Unternehmer gedient gewesen. Schätzungsweise seien in Deutschland 300 000 Arbeiter für die Sachlieferungen beschäftigt; dazu kämen noch die zahlreichen Nebenaufträge.

Gegenüber dem Dawesplan stelle der Youngplan trotz seiner Schwere und vermitteligen Unausführbarkeit das kleinere Übel dar.

Voraussetzung unserer Erfüllungspolitik sei Ordnung in den Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden. Statt dessen seien bereits Mehrforderungen im Reichshaushaltsstat vorgeesehen, die die Ersparnisse des Youngplans nebst den geplanten Steuererhöhungen im Gesamtausmaße von rund einer Milliarde wieder aufheben. An eine Steuerentlastung sei daher für 1930/31 nicht zu denken. Das Eingreifen des Reichsbankpräsidenten sei zwar berechtigt gewesen, aber denkbar unglücklich im derzeitigen Augenblick, wo alles noch in Fluß sei, und in der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, ein Systemwandel eingeleitet zu werden schiene. Erst wenn eine Verbilligung der Produktionsmittel eingetreten sei, könne an einen Lohnabbau herangetreten werden. Der Umfang der Sozialpolitik müsse abhängig sein von der Produktivität und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Die Kapitalbildung werde heute auf 6,5 Milliarden jährlich geschätzt; mindestens 8,5 Milliarden seien aber erforderlich, und die fehlenden zwei Milliarden müßten durch Einschränkungen und Ersparnisse aufgebracht werden, sowie durch Umbau der Steuern. Der Redner empfahl Reduzierung der Parlamente im Reich wie in den Ländern, richtige Staffelung der Einkommensteuer, eine starke Vermögens- oder Erbschaftsteuer, einige wenig erschwerende Verkefsteuer, höchste Versteuerung des entbehrlichen Konsums, indirekte Steuern auch auf den notwendigen Konsum in niedriger Höhe und eine richtig gestaffelte Umsatzsteuer.

Grund zum bezweifelten Pessimismus sei nicht gegeben, solange man die Hoffnung nicht aufgeben müsse, daß das ganze Volk gewillt und bestrebt sei, an der Gesundung einträchtig und kräftig mitzuarbeiten. In den Vortrag schloß sich eine Diskussion an, in der der Referent auf eine Reihe von Fragen Auskunft gab.

Kurze Nachrichten

Der bayerische Ministerpräsident zur Flaggenfrage. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages befahl sich am Dienstag mit einem sozialdemokratischen Antrag, wonach die Regierung anordnen soll, daß bei Reichsanlässen die Staatsgebäude auch in den Farben Schwarz-Rot-Gold beflaggt werden. Ministerpräsident Dr. Held erklärte, daß das Beflaggen der Zivil- und Staatsgebäude mit den bayerischen Farben einer Übung entspreche, die seit der Gründung des Reiches überhaupt bestehe. Diese Übung widerspreche in keiner Weise dem Geist und dem Wortlaut der Weimarer Verfassung.

Bersammlungsverbot in Preußen. Der preussische Innenminister Erzgrün hat auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung Umzüge und Bersammlungen unter freiem Himmel für ganz Preußen verboten, mit der Begründung, daß die Redefreiheit in letzter Zeit von radikalen Organisationen zu schweren Störungen mißbraucht worden sei, die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdeten. Ausnahmen von dem Verbot sind vorbehalten.

Die neuen Ruhrgrößenstädte und die Regierungsaufsicht. Im preussischen Landtag hat der Abg. Dr. v. Campe gestern den Innenminister gefragt, ob die Bestrebungen der neuen Ruhrgrößenstädte, sich nicht mehr unter die Aufsicht des Regierungspräsidenten zu stellen, gebilligt würden. Die Oberbürgermeister Dr. Eichhoff (Dortmund), Dr. Ruer (Böschung), Bracht (Essen), und Dr. Jarres (Duisburg), erklärten hierzu, daß derartige Bestrebungen überhaupt nicht bestehen und nie von ihnen erörtert worden sind. Die Aufsicht durch die Regierungspräsidenten habe im Ruhrgebiet niemals zu Schwierigkeiten geführt.

Schießerei im Osten Berlins. In der Vogelhagener Straße im Osten Berlins gerieten Donnerstagabend gegen 23 Uhr Kommunisten mit Nationalsozialisten in ein Handgemenge. Kläglich fielen kurz hintereinander mehrere Schüsse. Ein an der Schlägerei völlig unbeteiligter Oberpostkassierer wurde schwer verletzt.

Botschafter Schurman Senator der deutschen Akademie in München. Der Senat der deutschen Akademie in München hat den amerikanischen Botschafter, Dr. h. c. Schurman, in Anerkennung seiner, die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika fördernden Tätigkeit zum Senator ernannt.

Die Einwohnerzahl Basels beträgt nach der letzten Zählung 166 151.

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

E. Büchle

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Aus der Landeshauptstadt

50. Geburtstag. Der erste Vorsitzende der Spitzenorganisation des Badischen Kammerfegergewerbes...

Die Gro-Ka-Ge, die „Große Karlsruher Karnivalsgesellschaft“ will — das ist das Ergebnis einer am Donnerstagabend in der Glashalle der Stadtgartenwirtschaft abgehaltenen...

Kurförderungsabgabe in Karlsruhe? Auf eine Anfrage von zuständiger Seite um eine gutachtliche Äußerung darüber...

Kongresse während des „Badener Feiertages“. Zu den bereits bekanntgegebenen Verbänden und Organisationen...

„Freie Kindheit“. Es kann mitgeteilt werden, daß auch für das Jahr 1930 eine große kath. Wohlfahrtslotterie vom Badischen Ministerium des Innern genehmigt wurde...

Colosseumtheater. Man könnte vielleicht meinen, es sei nur der Geldverdient, der die Aspiranten lockt, öffentlich und sogar als geschlossene Gruppe aufzutreten...

Der Bürgerauschuss Oberkirch genehmigte einen Geländekauf von der Firma Georg Erhardt & Söhne, Holzwarenfabrik...

Im Donauweilinger Bürgerauschuss wurde die Erhöhung der Gebühren für die Polizeistundenverlängerung auf 5 M zurückgezogen...

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus...

Badisches Landestheater. Das für Dienstag, den 21. Januar, bereits angekündigte einmalige Entenbuckspiel von Frau Mady Christians...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das durch lässere Luftmassen aufgebaute, mitteleuropäische Hochdruckgebiet hat sich durch nördliche Ausstrahlung verstärkt...

Schotterlieferung. Das Wasser- und Straßenbauamt Heidelberg bezieht die Lieferung von 5200 cbm Balzschotter und 850 cbm Balzgrus aus Hartgestein...

Freihändiger Raubtammbolzerkauf. Das Bad. Forstamts Renningen (Fernruf 244) aus dem Weisweiler Staatswald (Förster Haag und Stöcklin)...

Stammholzversteigerung. Das Forstamt Bruchsal versteigert am Mittwoch, dem 29. Jan. 1930, vorm. 9.30 Uhr, im Gasthaus z. Wolf in Bruchsal...

45. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma „J. Ettlinger & Wormser“ in Karlsruhe, Herrentstr. 9, wurde nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs vom 18. Dezember 1929 aufgehoben...

44. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Müller, Karlsruhe, Kaiserstr. 207, soll mit Genehmigung des Bad. Amtsgerichts A 4, Karlsruhe, die Schlussverteilung stattfinden...

43. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Müller, Karlsruhe, Kaiserstr. 207, soll mit Genehmigung des Bad. Amtsgerichts A 4, Karlsruhe, die Schlussverteilung stattfinden...

42. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Müller, Karlsruhe, Kaiserstr. 207, soll mit Genehmigung des Bad. Amtsgerichts A 4, Karlsruhe, die Schlussverteilung stattfinden...

41. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Müller, Karlsruhe, Kaiserstr. 207, soll mit Genehmigung des Bad. Amtsgerichts A 4, Karlsruhe, die Schlussverteilung stattfinden...

lung verstärkt. Sein Kern liegt mit nahezu 780 mm heute über Deutschland. Bereits heute nacht trat daher in unserem Gebiet durchgehende Aufhellung ein, die in tiefen Lagen stellenweise leichten Nachtfrost zur Folge hatte...

Gemeinderundschau

Der neue Bürgermeister von Schwellingen, Dr. Trautmann wurde am Mittwoch vom Mannheimer Bezirksamt verpflichtet. Er hat am Nachmittag die Dienstgeschäfte übernommen...

Für die Bürgermeisterstelle in Baden-Baden, die durch die Wahl von Bürgermeister Eßner zum Oberbürgermeister frei geworden ist, soll nach Blättermeldungen, der frühere Bürgermeister von Ettlingen, Rechtsanwalt Dr. Foltz, der zusammen mit dem früheren Justizminister Dr. Trunt in Karlsruhe die Rechtsanwaltspraxis ausübt, in Aussicht genommen sein...

Übertriebene Straßensanierung. Im Bezirksrat Heidelberg wurde aus Anlaß einer Beschwerde gegen die Beseitigungsanstalt eines widerrechtlich angebrachten Transparenzes vom Bezirksamt erneut zum Ausdruck gebracht, daß die geplanten allgemeinen Maßnahmen einer schärferen Handhabung der Klempnerpolizei und einer Vereinfachung der Straßen und Häuser vor der vielfach übertriebenen und überhöhten Neulandung durchzuführen sind...

Der Forstheimer Haushaltsplan. Der Stadtrat Forstheim setzte den Haushaltsplan für 1930/31 fest. Er stellt sich in Ausgaben mit 16 061 200 M, in Einnahmen (ohne Gemeindefeuer) mit 14 162 800 M, somit ein Fehlbetrag von 1 898 400 M. Zum Ausgleich dieses Fehlbetrags werden als Vorauszahlungen auf die Gemeindefeuer 112 Hundertteile erhoben...

Bruchfaler Schloßbesuch. Die Zahl der Schloßbesucher bezifferte sich im verflochtenen Jahr auf 22 237 gegenüber 21 450 im Vorjahr. Die Besucherzahl ist ständig im Steigen begriffen...

Auch Mastitz spart. Der Bericht über die letzte Stadtratsitzung in Mastitz enthält nach Wiedergabe einiger Beschlüsse über reine lokale Angelegenheiten am Schluß die lakonische Bemerkung: „Infolge der Unsicherheit in der Überweisung der Überweisungsstellen werden die schärfsten Sparmaßnahmen angeordnet“...

Der Bürgerauschuss Oberkirch genehmigte einen Geländekauf von der Firma Georg Erhardt & Söhne, Holzwarenfabrik. Die Firma hatte von der Stadt 1927 Gelände erworben und nicht alles gebraucht, so daß etwa 40 Proz. des erworbenen Geländes zurückgegeben werden...

Im Donauweilinger Bürgerauschuss wurde die Erhöhung der Gebühren für die Polizeistundenverlängerung auf 5 M zurückgezogen. Genehmigt wurden u. a.: der Abhörbescheid der Jahresrechnung von 1927, sowie die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 80 000 M zur Abdeckung einer durch Kontenüberziehung entstandenen Schuld von 91 000 M...

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Meersburg will zum Bezirksamt Konstanz. Gelegentlich einer Ansprache führte Bürgermeister Dr. Moll von Meersburg folgendes aus: „Eines wird in nächster Zeit bestimmt kommen müssen. Der Anschluß der Gemarkung Meersburg an das Bezirksamt Konstanz, eine dringende Forderung unserer Zeit nach Verkehr und wirtschaftlichen Verhältnissen mit geschichtlicher Begründung und einziger Entwicklungsmöglichkeit...“

Verdienste im kommunalen Leben ernannte ihn die Stadt Wiesloch zu ihrem Ehrenbürger.

15. Baden-Baden, 15. Jan. Der Ausschuss für die Faschnachtveranstaltungen hat beschlossen, in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage nur den schon Tradition gewordenen Großen Mastenball am ersten Faschnachtsonntag im Kurhaus abzuhalten.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Table with columns for date (17. Januar, 16. Januar) and various exchange rates for cities like Amsterdam, Copenhagen, London, etc.

Die Einlagenbestände bei den badischen Sparkassen. Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

Das Ergebnis der Statistik über die Einlagenbewegung bei den badischen Sparkassen im Monat November 1929 widerlegt am besten die Meldungen, daß infolge der verschiedenen Bankzusammenbrüche auch bei badischen Sparkassen in größter Ausmaße Abhebungen vorgenommen worden seien...

COLOSSEUM Täglich 8 Uhr Sonntags 3 1/2 Uhr u. 8 Uhr Glauer's Royal Midget's - Theater Die kleinsten Menschen der Welt Außerdem das große Varietéprogramm von Weltruf

Badisches Landestheater Samstag, 18. Januar 1930 Zu halben Preisen Das Glöckchen d. Eremiten Komische Oper v. Mailart